

Das Solizentrum – was ist das?

Das Solizentrum wurde 2015 im Summer of Migration von Menschen aus Gruppen und Kollektiven der Walli besetzt. Es ging darum, Menschen auf der Flucht, jenseits von staatlichen Strukturen zu unterstützen und zu versorgen. Darum Ressourcen dafür bereit zustellen, dass alle frei und selbstbestimmt, ohne Registrierung, dahin gehen können wohin sie möchten.

Über 15 000 Menschen sind in dieser Zeit über die Balkanroute hier angekommen und weitergereist. Als die Flucht über die Grenzen nach Skandinavien durch die beteiligten Nationalstaaten und die EU verunmöglicht wurde, begann die Umstrukturierung des Zentrums zu einem Ort der für unabhängige Beratung und Unterstützung von Geflüchteten und Migrant*innen in Lübeck und für die Selbstorganisation von Gruppen und Projekten Raum bieten soll. Dafür wurde ein Vertrag mit der Stadt errungen und selbstverwaltende und basisdemokratische Strukturen geschaffen, die seitdem immer wieder erweitert, verändert und verbessert werden. Dieser Prozess ist oft nicht leicht und wird von viel zu wenigen Schultern getragen. Immer wieder ist und bleibt es herausfordernd. Das Solizentrum ist ein wichtiger und notwendiger Ort in Lübeck – es gehört uns allen und es ist keine Selbstverständlichkeit.

Von Anfang an gibt es Grundsätze auf deren Basis wir stehen und handeln.

Die wichtigsten davon stehen draußen am Tor.

Der zentrale Wert auf den es sich gründet findet sich im Namen und heißt Solidarität.

Solidarität, im Gegensatz zu Wohltätigkeit, setzt die Gleichheit aller Menschen voraus ohne die Ungleichheit an Rechten und Ressourcen auszublenden und versucht die Realität in diesem Sinne zu verändern. In all den vergangenen, fast 10 Jahren Solizentrum, standen unsere Türen nie für alles offen. Es war immer auch der Versuch, einen Schutzraum zu bieten vor Repression, dem alltäglichen Rassismus, Sexismus und Antisemitismus, vor unserem Unbehagen in dieser Gesellschaft. Das Solizentrum war der Ort von unzähligen Projekten und Initiativen. Auch das Scheitern an den eigenen Ansprüchen gehört zu der Geschichte. Patriarchale und rassistische Strukturen, die auf dem Gelände bestehen, müssen weiterhin hinterfragt und bearbeitet werden. Es bleibt ein Prozess der nicht mit Beschlüssen auf Plena beendet werden kann sondern in dem sich jede*r durch alltägliches Handeln und miteinander Lernen entwickeln kann und muss. Es gibt ein grundsätzliches Bewusstsein dafür, dass wir alle z.B. die rassistischen Verhältnisse verinnerlicht haben und selbst mit konstruieren oder dekonstruieren können.

Das Solizentrum soll ein Ort sein in dem sich Gruppen auf dieser gemeinsamen Grundlage zu ihren Schwerpunkten und Themen autonom organisieren können. Dabei sind Unterschiede willkommen und es gibt eine grundsätzliche Bereitschaft Dissense auszuhalten und Prozessen Zeit einzuräumen. Es braucht dafür eine kollektive Verantwortung für das Gemeinsame.

Wenn wir uns darin einig sind, dass wir nicht nur den katastrophalen Status quo des Bestehenden gegen die extreme Rechte verteidigen wollen, sondern darüber hinaus Strategien und gerechtere demokratische Formen und Praktiken erproben und entwickeln wollen, dann sind wir in Zukunft um so mehr auf unsere Räume angewiesen.

Die vielfältigen Krisen und Kriege, die Zunehmende Gewalt und Faschisierung hier und weltweit verstärken einerseits die Notwendigkeit und erschweren andererseits unsere Bedingungen.

Es ist schwieriger geworden sich eine andere Welt vorzustellen.

Millionen von Menschen sind auf der Flucht vor Krieg, Armut, und den Auswirkungen, die die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen überall mit sich bringt.

Seit dem 7. Oktober 2023 ist vieles anders

Das unsägliche Leiden den der Krieg seit dem Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 über die Zivilbevölkerung auf allen Seiten gebracht hat, ist schrecklich. Es herrscht ein Krieg, von dem zur Zeit niemand weiß, wie er enden soll. Wir lehnen die aktuelle rechte/extrem rechte israelische Regierung ab und stellen uns einer Relativierung des Leids der palästinensischen und libanesischen

Zivilbevölkerung entgegen. Die Zunehmende Polarisierung und Spaltung hat nicht nur zu einer Entmenslichung von Israel*innen und Palästinenser*innen, auch von Jüd*innen, Muslim*innen und Araber*innen beigetragen, sondern fördert eine Kultur des Wettbewerbs um den Opferstatus, anstatt um Solidarität.

Wir wollen uns aktiv dem zur Zeit vorherrschendem Freund-Feind Schema, dem Zwang zur Dualität in diesem Konflikt verweigern. In den Debatten wird jede*r schnell zugeschrieben entweder „gegen den Genozid“ oder aktive Unterstützer*in dessen zu sein – entweder Israel abzulehnen oder rassistisch oder gar faschistisch zu sein.

Eine Haltung die sich sowohl gegen die Hamas und ihren Unterdrückungs- und Terrorapparat als auch gegen die rechte/extrem rechte israelische Regierung und gegen ihr militärisches Vorgehen richtet scheint unmöglich.

Der Rechtsruck führt zu rassistischen Zuschreibungen eines angeblich „eingewanderten“ Antisemitismus was im Land der Täter*innen der Shoah ungeheuerlich ist, und gleichzeitig zu einer diskriminierenden Abwehr palästinensischer Perspektiven.

Die extreme Rechte nutzt den Konflikt als Gelegenheit.

Wir wünschen uns eine Debatte, die sich unmissverständlich und radikal auf die Seite der Menschenrechte auf Freiheit und Frieden für alle stellt. Wir wünschen uns eine Debatte, die nicht ausblendet, dass wir uns im Land der Täter*innen der Shoah befinden und deshalb darin eine besondere Perspektive und Verantwortung haben.

Unser Ausgangspunkt sollte das Eintreten für einen universellen Anspruch auf demokratische Rechte sein. Das Beharren auf Solidarität mit allen Zivilist*innen. Das Verteidigen des Rechts in Frieden zu leben für alle.

Antrag auf Ausschluss der Gruppe Lübeck for Palestine

Die Auseinandersetzung um die Organisation der Gruppe, die erst Students for Palestine Lübeck hieß und jetzt Lübeck for Palestine (LfP) heißt, wurde von einigen als demotivierend und zermürend empfunden. Gleichzeitig schuf sie für andere einen Raum, um den Austausch über rassistische und antisemitische Strukturen, auch in linken Zentren, zu intensivieren. Vor allem die Aufnahmegespräche mit der Gruppe wurden auch als bereichernd, gut vorbereitet, engagiert und produktiv wahrgenommen.

Mit der Forderung der Umbenennung der Gruppe aus dem Plenum war auch eine Auseinandersetzung mit Teilen der propalästinensischen Bewegung gefordert und eine eindeutige Positionierung, die jedem Antisemitismus und jeder Rechtfertigung der Taten des 7. Oktober und der Hamas insgesamt eine klare Absage erteilt.

Es wurden rote Linien formuliert: die Anerkennung des Existenzrechts Israels und die eindeutige Distanzierung von der Hamas und ihren Taten.

Aus unserer Sicht hat sich die Gruppe Lübeck for Palestine an diese Absprachen nicht gehalten, hat in öffentlichen Posts und Redebeiträgen die formulierten roten Linien überschritten.

Aus der Gruppe gab es das Argument, dass die Gruppe sehr neu und jung sei und sich erst finden müsse. Öffentlich wahrnehmbare Klärung oder Veränderung blieb bisher aus.

Das Kämpfen um Solidarität mit der Zivilbevölkerung in palästinensischen Gebieten ist legitim und notwendig. Kritik an der Politik und dem militärischen Handeln Israels sind nicht per se antisemitisch, dennoch gehen sie in vielen Fällen mit antisemitischen Stereotypen, Ressentiments oder Inhalten einher, insbesondere wenn sie sich pauschal gegen Jüd*innen in Israel (oder weltweit) richten. Wer Angriffe auf Jüd*innen und jüdisches Leben als Protest oder Widerstand deklariert, entlarvt die eigene Motivation als Antisemitismus.

Der Aufruf zur Intifada auf den Straßen Lübecks mag von einigen als Ausdruck von Solidarität gemeint sein, reiht sich aber ein in eine globale Bewegung, die zum Teil völkische, islamistische und antisemitische Narrative bedient, reproduziert und verbreitet - und letztlich nichts dazu beiträgt, die Situation der Menschen in Gaza zu verbessern, sondern im Gegenteil dazu beitragen kann,

menschenfeindliche Einstellungen auf Lübecks Straßen zu verbreiten und damit salonfähig zu machen.

Hierzu hätten wir uns nach dem Aufnahme Prozess einen reflektierten und sensibleren Umgang für die Vertretung von Interessen nach außen unter Einbeziehung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Diskurse vor Ort gewünscht. Dies ist in unser Wahrnehmung nicht passiert.

Mit der Ankündigung der Veranstaltung die am Samstag den 16. 11. stattfinden sollte, hat die Gruppe LfP nun unmissverständlich gezeigt, dass sie nicht Willens ist, die gemeinsame Grundlage und die roten Linien zu respektieren.

Mit der auf die Vetos gegen die Veranstaltung folgenden Debatte in der Solizentrum-Signalgruppe hat LfP oder zumindest laute Stimmen von Einzelpersonen die als Vertreter*innen von LfP gelesen werden, gezeigt, dass sie auch die Menschen und Strukturen im Solizentrum nicht respektiert, und dass es kein gemeinsames Verständnis der basisdemokratischen Strukturen und keine gemeinsame Verantwortung für das Gelände gibt.

Aus diesen Gründen und um weiteren Schaden vom Solizentrum abzuwenden stellen wir den Antrag die Gruppe Lübeck for Palestine aus dem Solizentrum auszuschließen.

Damit meinen wir explizit nicht alle einzelnen Aktiven der Gruppe sondern die Gruppe als politische Organisation.



